



## **Doppelter Respekt, Kolleginnen und Kollegen!**

Warum Polizei Solidarität verdient. Warum Gewerkschaften (manchmal) verdienten Respekt erfahren.

**Der 1. Mai liegt bereits rund einen Monat zurück. Die Transparente wurden längst eingerollt, unsere Einsatzkräfte sind von den Mai-Kundgebungen sowie Krawallen in Hamburg oder Berlin zurück und ihnen stecken schon wieder etliche andere Einsätze in den Knochen – und die Gewerkschaften haben ihre alltäglichen Bemühungen wieder aufgenommen.**

Denn das ist es, was die GdP, Verdi, GEW und die anderen im DGB an Werk- und sogar Feiertagen tun: Ehrenamtlich oder hauptberuflich wird dafür gekämpft, dass sich die Arbeitsbedingungen hierzulande endlich wieder verbessern. Außenstehende sehen dieses Engagement leider nicht immer so deutlich, was vielleicht bei Unkenntnis der Lage nachvollziehbar, aber bei näherer Betrachtung und genauerem Lesen der Veröffentlichungen, spätestens aber bei der Teilnahme an gewerkschaftlichen Aktivitäten ganz sicher nicht gerechtfertigt ist. Denn dieser Einsatz für die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – insbesondere durch die Ehrenamtlichen in den Kreis- und Bezirksgruppen – verdient auch an den anderen 364 Tagen im Jahr, die nicht den schönen Titel „Tag der Arbeit“ tragen, Respekt und Anerkennung!

Unser Redaktionsteam weiß das und versucht, der Wertschätzung für die Vorstände, Vertrauensleute, Personalräte und alle helfenden Hände regelmäßig durch Worte und Taten Ausdruck zu verleihen.

Der Geschäftsführende Landesvorstand sieht das genauso, weil wir uns alle darüber bewusst sind, wie wichtig es ist, wenn ab und zu einmal jemand sagt: „Danke. Gut gemacht!“.

### **Überraschung aus der Presse**

In den Medien kommen derartig exponierte Danksagungen an die Gewerkschaften und ihre Aktiven unglücklicher-

weise nicht allzu oft vor. Anders war es jedoch Ende April in Deutschlands renommiertester Wochenzeitung DIE ZEIT. Sie druckte auf ihrer Titelseite die Worte „Respekt, Kollegen“ und würdigte ausdrücklich das Wirken der DGB-Gewerkschaften. „Liebe Kollegen von den Gewerkschaften, Euch wurde unrecht getan, auch von der ZEIT. In den vergangenen zehn Jahren wurde über alles Mögliche geschrieben, aber kaum über Gewerkschaften – und nicht ein einziges Mal war der Tenor positiv. In der breiten Öffentlichkeit wurden Arbeitnehmervertreter lange Zeit als ‚Betonköpfe‘ beschimpft, als ‚Bremsler‘ und ‚Gestrige‘, die man nicht mehr brauche. Es ist höchste Zeit, dieses



**Autoren (v. l.): Christian Hoffmann (Presse-sprecher), Uwe Robra (Landesredakteur)**

**Fotos: UR/CH**

*Bild zu korrigieren. Die Arbeitnehmerorganisationen sind aus guten Gründen längst wieder im Aufwind“,* heißt es dort.

Auch Gewerkschaftern und Betriebsräten habe es Deutschland also zu verdanken, dass es glimpflich durch die Wirtschaftskrise gekommen sei. Auch die positive Entwicklung innerhalb der Gewerkschaften hat die Zeitung zur Kenntnis genommen: „Die IG Metall zählt wieder mehr Organisierte, die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft sowie die Gewerkschaft der Polizei wachsen ebenfalls.“

Durch ihre Arbeit sei das Land stabil geblieben, schlussfolgert der Autor: „Und sie sind auf ihre Weise sogar modern – in diesen Zeiten, in denen über allerlei neue Formen direkter Beteiligung diskutiert wird, über Politik von der Basis und mehr Partizipation. Wer sich in einer Gewerkschaft organisiert, ruft nicht nach dem Staat. Er nimmt seine Interessen gemeinsam mit anderen selbst in die Hand. Das ist eine ziemlich kluge Strategie.“

### **Bitte fair und konstruktiv!**

Natürlich teilen nicht alle Menschen diese Einschätzungen, auch einzelne Mitglieder tragen immer wieder ihre kritischen Fragen bei uns vor. Das ist gut und gewünscht und gelebte Demokratie innerhalb der GdP.

Manche schlagen jedoch auch den Sack und meinen den Esel, wenn sie für Missstände, die die Landesregierung verantwortet, die GdP-Akteure kritisieren.

Kollege P. aus Göttingen beispielsweise schrieb kürzlich an den Landesvorsitzenden Dietmar Schilff in einem Leserbrief, dass er dessen Nachdenklichkeit und Frust über den Austritt eines Kollegen nicht verstehen könne. Letzterer hatte seinen Austritt mit dem Ärger über den streikbedingten Ausfall im ÜSTRANahverkehr begründet. Gleich im Anschluss kritisiert der Leserbriefautor, dass „... Ihr es schafft, mit viel Getöse und Ach und Krach, Gehaltsverbesserungen (von ‚Erhöhungen‘, die nicht mal die Inflationsrate abdecken, geschweige denn den Gehaltsrückstand im Gegensatz zur freien Wirtschaft auffüllen ...) durchzudrücken.“

Deutlicher kann ein Widerspruch nicht sein, denn wenn schon eine Nahverkehrsbehinderung durch Streik zum GdP-Austritt führt, wie kann ich mich über fehlende Schlagkraft einer Gewerkschaft erregen? Wie soll das Instrument zum Durchdrücken von Forderungen dann aussehen?

Der Leserbriefautor setzte noch nach und unterstellte, dass „Ihr da oben jenseits der A 11“ nichts von „uns hier unten und unseren Problemen, niemals A 10 zu werden, wisst.“ Mit Ihr meinte er offenbar den Landesvorstand. Hier scheint das Missverständnis zu bestehen, dass alle engagierten Gewerkschafter bereits die dienstliche Leiter erklommen hätten. Eine Unterstellung, die vielen ehrenamtlichen Funktionsträgern in Kreisgruppen vor Ort oder in der Jungen Gruppe (bis 30 Jahre) oder auch denjenigen Tarifbeschäftigten, die sich oft sogar über A 9

Fortsetzung auf Seite 2



## 365 TAGE ERSTER MAI

Fortsetzung von Seite 1

oder EG 9 freuen würden, ganz sicher Unrecht tut und die eigene Verantwortung jedes GdP-Mitglieds zum Mitmachen ausblendet.

Vor allem aber werden die Akteure der Verhandlungsseiten verwechselt: Nicht diejenigen, die eine berechtigte Verbesserung fordern, sondern diejenigen, die auf der Arbeitgeberseite diese verweigern, müssen Ziel der Kritik sein.

In der weiteren Folge werden in dem Brief – völlig zu Recht – eine Reihe von

Misständen aufgezeigt, etwa von der längst überfälligen DuZ-Erhöhung über das ungerechte Beurteilungssystem, den hohen Altersschnitt im Schichtdienst und die fehlende Tagesdienstverwendung, wenn es gesundheitlich mal nicht mehr so



**Mai-Redner der GdP in Niedersachsens Städten: Landesvorsitzender Dietmar Schilff in Schöppenstedt (Foto: Claudia Schilff), GdP-Bundesvorsitzender Bernhard Witthaut in Lüneburg (Foto: Klaus Mówius), stellv. Landesvorsitzender Klaus Dierker in Osna-brück (Foto: GdP/DGB) und stellv. Bundesvorsitzender Jörg Radek in Osterode (Foto: GdP)**

gut geht. Das Problem des Kollegen Briefautors ist aber: für diese Misstände wird der Schuldige nicht bei den politischen Verursachern, sondern bei der GdP ausgemacht, obwohl die GdP die einzige Instanz ist, die nicht nur genau diese Probleme, sondern auch die Verbesserungsziele und Lösungsansätze seit Jahren klar, laut, deutlich und wiederholend benennt. Lieber Kollege, genau das ist der Sack und nicht der Esel! Du bist eingeladen, Dich zu engagieren!

Vollends verdreht geht es zu, wenn der Leserbriefautor – quasi in den eigenen

Reihen – die Aussagen mit der Frage krönt: „Und ihr könnt nicht verstehen, dass wir auf Euch und Eure Spielchen mit den Politikern keinen Bock mehr haben?“ Die letzten Personalratswahlen haben mit überdeutlichen Mehrheiten bewiesen, dass „wir“ als GdP eine Einheit sind. Das „Ihr da oben“ innerhalb der GdP existiert gar nicht, weil es innerhalb der Vorstände in Kreis-, Bezirks- und Landesvorstand keine „Funktionärsstellen“ wie im Brief behauptet gibt, sondern nur ehrenamtlich Tätige, die aus der Mitte der Polizei stammen – ohne Privilegien. Es gibt keine Trennung zwischen „wir“ und „Ihr“. Es gibt nur ein „uns“ als GdP-Gemeinschaft. Und wir wollen die genannten Misstände beseitigen, dafür stehen wir zusammen. Wer die jahrelangen inhaltlichen Auseinandersetzungen mit politisch Verantwortlichen in Regierungen und Fraktionen als „Spielchen“ oder als „Schmuse-Kuschelkurs“ titulierte, hat nicht verstanden, dass er seine eigene Interessenvertretung damit schwächt.

### Dem Ärger Luft machen – von außen?

Bei allem Verständnis und deutlichem Zuspruch für die Nennung offener Baustellen: Angesichts vereinzelter Frustrationen gilt es, nicht in Schnappatmung zu verfallen oder zu schmolten, sondern Fakten zu sortieren und zu diskutieren.

Ein Kollege D. H. führte per E-Mail-Leserbrief im Mai aus: „... Als ehemaliges GdP-Mitglied und jetziger Pensionär (35 Jahre Polizeidienst) möchte ich mal meinem Ärger über die GdP Luft machen. Nach meinem Dafürhalten vermissen ich die berechtigten Forderungen von Ihrer Seite, sich vehement für die Wiedereinführung des Weihnachts- und Urlaubsgeldes einzusetzen.“

Hier fällt das lockere Weiteratmen dann doch schwer ...! Lieber Kollege D. H., nicht nur am 1. Mai, sondern in jeder Tarif- und Besoldungsrunde, seit Jahren in jedem Dezember vor dem Finanzministerium (Aktion Weihnachtsbaum), in Musterklageverfahren, in vielen Großveranstaltungen und nicht zuletzt jahrelang in DEUTSCHE POLIZEI und in Presseveröffentlichungen streitet die GdP zusammen mit den ÖD-Gewerkschaften genau dafür und gegen die Auswirkungen der Föderalismusreform im Dienstrecht.

Der Kollege hat dies offenbar nicht zur Kenntnis genommen. Die Kritik kommt sportlich daher: Mit dem Austritt aus der GdP hat er dieser Solidargemeinschaft je-

#### Redaktionsschluss:

Zuschriften bitte an die u. g. Anschrift der Redaktion – möglichst per E-Mail oder Datenträger – für die Ausgabe 7/2012 bis zum 2. Juni 2012 und für die Ausgabe 8/2012 bis zum 2. Juli 2012.

#### Hinweise:

Das LandesJournal versteht sich nicht nur als Informationsquelle, sondern auch als Kommunikationsforum für die niedersächsischen Kolleginnen und Kollegen. Zuschriften sind daher ausdrücklich erwünscht. Die Redaktion behält sich jedoch vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte oder Fotos übernehmen wir keine Gewähr für Veröffentlichung oder Rücksendung. Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. *Die Redaktion*

DEUTSCHE POLIZEI  
Ausgabe



Niedersachsen

#### Geschäftsstelle:

Berckhuserstraße 133 a,  
30625 Hannover  
Telefon (05 11) 5 30 37-0,  
Fax 5 30 37-50  
Internet: [www.gdpniedersachsen.de](http://www.gdpniedersachsen.de)  
E-Mail: [gdp-niedersachsen@gdp-online.de](mailto:gdp-niedersachsen@gdp-online.de)

#### Redaktion:

Uwe Robra (V.i.S.d.P., verantwortlicher Redakteur des Landesjournals)  
Im Eschbruch 8f, 30952 Ronnenberg  
Telefon (0 51 08) 64 38 94  
Mobil (0 15 25) 6 10 87 51  
E-Mails an:  
[redaktion@gdpniedersachsen.de](mailto:redaktion@gdpniedersachsen.de)  
[gdp-niedersachsen@gdp-online.de](mailto:gdp-niedersachsen@gdp-online.de)  
[leserbrief@gdpniedersachsen.de](mailto:leserbrief@gdpniedersachsen.de)

#### Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE  
POLIZEILITERATUR GMBH  
Forststraße 3 a, 40721 Hilden  
Telefon (02 11) 71 04-1 83,  
Fax 71 04-1 74  
Verantwortlich für den Anzeigenteil:  
Antje Kleuker  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 33 vom 1. Januar 2011

#### Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG  
DruckMedien  
Marktweg 42–50, 47608 Geldern  
Telefon (0 28 31) 3 96-0  
Telefax (0 28 31) 8 98 87  
ISSN 0170-6454



## 365 TAGE ERSTER MAI

denfalls den Rücken gekehrt und verlangt gleichzeitig Vehementes von eben dieser.

### Gefährliche Trugschlüsse

Ein gefährlicher Trugschluss ist es in der Tat, zu meinen, dass es auch ohne GdP ginge. Fest steht, dass alle Polizeibeschäftigten, auch Beamtinnen und Beamte sowie die Ruheständlerinnen und Ruheständler, eine Gewerkschaft dringend

brauchen. Selbst wenn nicht alle berechtigten Forderungen und Wünsche erreicht werden können, weil diese nur auf dem Verhandlungswege und manche nur durch Streiks möglich sind, gibt es schließlich lediglich eine Alternative zur Mitgliedschaft in der Gewerkschaft: Allein im Regen stehen und chancenlos schimpfen, wenn es nur noch Brosamen gibt, die per Gnadenakt vom Arbeitgeberhimmel fallen. Geschenk gab es nie etwas und wird es auch nicht geben. Diese Alternative ist also bei genauerer Be-

trachtung keine! Zwei wichtige Beiträge können alle Polizeibeschäftigten aber leisten: Mitglied werden bzw. bleiben und sich nach Möglichkeit an Aktivitäten beteiligen. Jeder dieser Beiträge, jeder Einzelbaustein zählt, der auf dem Fundament unserer Gewerkschaft für das Ganze zum Einsatz kommt. Für die GdP ist zwar nicht an jedem Tag der 1. Mai, aber jeder Tag ist eine Gelegenheit, um die Interessen der Polizeibeschäftigten kraftvoll zu vertreten und ihnen ganzjährig Respekt zu verschaffen.

## EHRUNG

# Heiko Dörbaum erhält Bundesverdienstkreuz

Unser langjähriges Lüneburger GdP-Mitglied Heiko Dörbaum erhielt am 13. April 2012 als Anerkennung für sein ehrenamtliches Engagement das Bundesverdienstkreuz am Bande des Verdienstordens. Die Verleihung nahm im Huldigungssaal des Rathauses Lüneburg Oberbürgermeister Ulrich Mädge in Anwesenheit seiner Familie und von Vertretern von Politik und Vereinen, in denen Heiko Dörbaum Engagement zeigte, vor.

Für die GdP, der Heiko seit nunmehr 49 Jahren angehört, war der BG-

Vorsitzende und PPHR-Vorsitzende Martin Hellweg anwesend. Heiko Dörbaum hat die Geschichte der Lüneburger GdP mitgeschrieben. Er war lange Jahre KG-Vorsitzender sowie acht Jahre BG-Vorsitzender und Mitglied des Landesvorstandes. In seine Amtszeit fiel auch die Entscheidung zur Einführung der zweigeteilten Laufbahn. Heiko war und ist immer noch für die GdP präsent und unterstützt deren Belange.

Die GdP Lüneburg freut sich über diese Ehrung und wünscht Heiko alles Gute und viel Gesundheit.

MH



Heiko Dörbaum mit Bundesverdienstkreuz am 13. April 2012 Foto: GdP

## GdP-DIALOGUE

# Gespräche mit Politik und Polizeiführung

**Auch im vergangenen Monat setzte der GdP-Landesvorsitzende Dietmar Schilff die Bemühungen fort, die Interessen der Polizeibeschäftigten im unmittelbaren Dialog mit der Landes- und Kommunalpolitik und mit der Polizeispitze zu vertreten.**

### Arbeitskreis Inneres der SPD-Landtagsfraktion bei der GdP zu Gast

Im Rahmen der Landtags-Dialoge ist der Arbeitskreis Inneres der SPD-Fraktion in der GdP-Geschäftsstelle am 2. Mai 2012 zu Gast gewesen. Dabei standen ne-

ben dem Austausch über aktuelle Themen vor allem die Perspektiven der Polizeibeschäftigten nach der Landtagswahl im Januar 2013 im Mittelpunkt.

„Wir fordern die Abschaffung des begrenzenden A-11er-Dienstpostenkonzeptes und ein Beförderungsprogramm für A 10“, verlangte GdP-Landesvorsitzender Dietmar Schilff. „Auch Direktversetzungen darf es nicht mehr geben. Außerdem müssen die Bereitschaftszeiten der Kolleginnen und Kollegen endlich wieder zu 100 Prozent angerechnet werden. Des Weiteren sind für den Tarif- und Verwaltungsbereich Perspektiven dringend erforderlich“, formulierte der Landesvorsitzende vor den anwesenden Mitgliedern des SPD-Arbeitskreises, Klaus-Peter Bachmann, Sigrid Leusch-

ner, Johanne Modder und Jutta Rübke, einige Sofortmaßnahmen, spätestens jedoch für die anstehende Legislaturperiode nach dem 20. Januar 2013.

Bachmann, innenpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, machte die Unterstützung insbesondere der genannten Positionen deutlich. Auch das Attraktivitätsprogramm der GdP werde von der SPD gutgeheißen, berichtete Bachmann. In Bezug auf andere Forderungen wie beispielsweise die Wiedereinführung einer Sonderzuwendung müsse im Fall der Übernahme der Regierungsverantwortung zunächst die Kassenlage gesichtet werden, grundsätzlich sei der Anspruch aber gerechtfertigt.

Fortsetzung auf Seite 4



Fortsetzung von Seite 3

Diskutiert wurden zudem die Auswirkungen der unterschiedlichen Vorgehensweisen bei den Parteien hinsichtlich der Schuldenbremse für das Land Niedersachsen sowie die Bestrebungen des BDK und anderer zur Spaltung der Polizei durch die Trennung von Schutz- und Kriminalpolizei, was alle Beteiligten des Treffens in der GdP-Landesgeschäftsstelle ablehnten. Weitere Themen waren unter anderem Arbeitnehmerrechte,

dauerhaft im Fokus hat. Zur Kommunalwahl 2011 hatte die GdP unter dem Titel „Sichere Städte und Gemeinden = Lebenswerte Kommunen“ ein Papier vorgelegt und allen Parteien zur Verfügung gestellt, dessen Zielsetzungen nun weiter verfolgt werden müssen.

„Den Menschen ist die Sicherheit dort, wo sie leben, wichtig. Insbesondere das subjektive Sicherheitsgefühl spielt hierbei eine herausragende Rolle“, sagte der GdP-Landesvorsitzende. Gerade jetzt im Vorfeld der Landtagswahl 2013 müsste der Politik insgesamt verdeutlicht werden, welche Konsequenzen ihre Entscheidungen für die Bevölkerung und die Arbeit der Polizeibeschäftigten hätten. Dabei würden insbesondere die Ebenen Land und Kommunen ineinandergreifen.

Alptekin Kirci würdigte die aus seiner Sicht hervorragende Arbeit der

Polizei im Großraum Hannover und zeigte sich beeindruckt von den polizeilichen Präventionsmaßnahmen vor Ort. Nach seinen Erfahrungen klappe die Kooperation auch zwischen den Polizeidienststellen, den Kontaktbeamten und den Stadtbezirksbürgermeistern reibungslos.

Weitere Themen waren die Probleme Rechtsextremismus, Hells Angels, der hannoversche Rotlichtbezirk „Steintor“,

die stärker werdende Gewalt gegen Polizeibeamte und die Situation rund um Fußballspiele.

Mit Hinblick auf die Landtagswahl am 20. Januar 2013 wird die GdP den Austausch mit den unterschiedlichen Parteien und Fraktionen fortführen.

*Christian Hoffmann*

**LPPBK-Präsident Uwe Binias diskutiert mit norddeutschen GdP-Vorsitzenden**

Am 7. Mai 2012 trafen sich die GdP-Vorsitzenden der norddeutschen Länder (Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg, Berlin, Bremen, Schleswig-Holstein und Niedersachsen) zu ihrem jährlichen Arbeitstreffen. Dabei musste festgestellt werden, wie weit wir allein im Vergleich dieser Länderpolizeien bereits auseinandergedriftet sind.

Das beginnt bei zwei- und dreigeteilten Laufbahnen, Heilfürsorge und Beihilfe, ein bisschen oder gar kein Weihnachtsgeld, Beförderungsmöglichkeiten, der Altersgrenze und geht hin bis zu Plänen, Auszubildende für den mittleren und gehobenen Dienst für eine Zeit zusammen auszubilden. In zwei Punkten konnte aber eine deutliche Übereinstimmung festgestellt werden: die Föderalismusreform ist eine Katastrophe für die Polizei und die Arbeit unserer Kolleginnen und Kollegen wird in allen Ländern nicht ausreichend wertgeschätzt. Für diese Zusammenkunft hatte sich auch der Präsident des LPPBK, Uwe Binias, Zeit genommen, um die Frage der länderübergreifenden Einsätze und andere polizeiliche Probleme zu diskutieren. Insbesondere das Einsatzaufkommen außerhalb des eigenen Landes, das vermehrt durch den Stellenabbau in einigen Ländern notwendig wird, mache den Kolleginnen und Kollegen zu schaffen.

Er machte deutlich, dass er solche Treffen für sehr wertvoll halte, da in allen Bereichen eine Vernetzung hilfreich und wichtig sei. Außerdem sagte er zu, einige Impulse mit in den AK 2 Nord zu nehmen, der ebenfalls im Mai tagt.

*Jana Herzog, Geschäftsführerin*



**Zahlreiche Themen der inneren Sicherheit, dienstlich-soziale Themen der Polizei und der Polizeiorganisation wurden besprochen: Arbeitskreis Inneres der SPD-Landtagsfraktion zu Gast in der GdP-Geschäftsstelle. U. a. Klaus-Peter Bachmann (3. v. r.), Sigrid Leuschner (2. v. r.), Johanne Modder (3. v. l.) und Jutta Rübke (2. v. l.)**

**Foto: CH**

Mitbestimmung, Gewalt gegen Polizei, Erschweriszulagen und Rechtsextremismus.

**Gespräch mit SPD-Bundevorstandsmitglied Alptekin Kirci**

Zu einem Gespräch rund um die Sicherheit in Städten und Gemeinden traf sich der GdP-Landesvorsitzende Dietmar Schilff am 3. Mai mit Alptekin Kirci. Er ist SPD-Bundevorstandsmitglied und Stadtverbandsvorsitzender seiner Partei in Hannover.

Dietmar Schilff machte deutlich, dass die GdP Niedersachsen die Kommunen



**GdP-Landesvorsitzender Dietmar Schilff (l.) mit SPD-Bundevorstandsmitglied Alptekin Kirci**

**Foto: CH**



**Treffen der norddeutschen GdP-Landesvorsitzenden 7. Mai 2012 in Hannover**  
Fotos: Jana Herzog



**ZENTRALE POLIZEIDIREKTION**

# Eine Behörde als Baustelle

ZPD benötigt verlässliche Politik und nachhaltige Entscheidungen

2004 entstand die Zentrale Polizeidirektion (ZPD) bei der Umorganisation der Polizei in Niedersachsen. Seitdem ist kaum ein Jahr vergangen, in dem die Organisation nicht verändert oder Führungspersonal nicht ausgetauscht wurde. Eine Baustelle, die endlich geschlossen werden muss! Sechs bis dahin eigenständige Dienststellen und Behörden (LBPN mit drei Abteilungen, WSPN, PHuStN, PATB NI) bildeten 2004 die Basis der ZPD mit einer den Flächendirektionen angeglichenen Organisation. In dieser Servicebehörde wurden die unterschiedlichsten Spezial- und Sonderbereiche der polizeilichen Aufgabenstellungen zusammengefasst: Medizinischer Dienst, Zentrales Diensthundwesen, Sozialwissenschaftlicher Dienst, Kampfmittelbeseitigungsdienst, Zentraler Fahrdienst, Polizeimusikkorps, Projektgruppe Digitalfunk, Auslandsmissionen der Polizei Niedersachsen, Sport in der Polizei.

Ständige Kürzungen, Reformen auf allen Ebenen, Optimierungen und ständige Veränderungsprozesse auf der Suche nach Einsparpotenzialen haben das Vertrauen der Beschäftigten in die politisch Verantwortlichen nicht nur entscheidend verändert. Es ist abhandengekommen!

## Organisationsoptimierung am 1. 2. 2009

Keine fünf Jahre nach Gründung der ZPD wurde die Organisation am 1. 2. 2009 grundlegend verändert. Das bedeutete: Sämtliche eigenständige Dienststellen wurden aufgelöst und als Dezernate oder Abteilungsstränge in die neue Organisationsstruktur der ZPD gezwängt. Alle acht Personalvertretungen (örtliche und die Stufenvertretung) mit 60 Mitgliedern bestanden nicht mehr. Die Interessenvertretung für rund 2500 Kolleginnen und Kollegen muss seitdem von einem 15-köpfigen Personalrat für die gesamte, landesweit auf 32 Standorte verteilte ZPD, auf den Weg gebracht werden.

## Wasserschutzpolizei besonders betroffen

Mit der 2007 durchgeführten Überprüfung der Aufbau- und Ablauforganisation wurden die Anzahl der Mitarbeiter

auf 232 reduziert und elf Dienststellen geschlossen. 2010 folgte die nächste Reform der WSP. Unter dem Vorwand, die WSP stärker auf ihre Kernaufgaben zu fokussieren, wurde der operative Vollzug im Binnenland in die Flächendirektionen integriert und fünf weitere Dienststellen geschlossen. 80 Stellen mussten dem Spardiktat des Innenministers geopfert werden. Die Anzahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurde auf 130 verkleinert, davon 40 in den Verfügungsein-

heiten der Polizeiinspektionen. Aktuell bestehen nur noch die Standorte Emden, Brake, Stade und Wilhelmshaven.

## Polizeiubschrauberstaffel ständig auf dem Prüfstand

20 weitere Stellen sind durch die ZPD noch einzusparen. Immer wieder kursie-

Fortsetzung auf Seite 6

Anzeige

## Reisen mit GdP-Touristik



**Sparen Sie 5 % des Reisepreises bei jeder Buchung einer Urlaubsreise der gängigen Reiseveranstalter wie TUI, ITS, Neckermann, Alltours usw.**



**Ihre Kinder möchten auch einmal allein verreisen?**

**RUF Jugendreisen hat bestimmt das richtige Angebot für 8-21jährige!**



**Auch spezielle Seniorenreisen sind bei uns buchbar.**

**Tolle Angebote von SKAN Club 60!**



**Rufen Sie uns an!**

Nähere Informationen und Buchungen:  
- GdP-Touristik -  
Berckhusenstr. 133 a, 30625 Hannover  
Tel. 0511 - 53 03 80 Fax 0511 - 53 03 850  
service@gdpservice.de www.gdpservice.de



Fortsetzung von Seite 5

ren Gerüchte über die Polizeihubschrauberstaffel (PHuStN) durch die Medien. Zuletzt im April dieses Jahres. Ständige Unruhe und eine enorme Belastung der hochspezialisierten Beschäftigten bei der PHuStN. Heute organisieren 60 Beschäftigte den Flugbetrieb von vier Maschinen in Hannover und Rastede. Hier bleibt abzuwarten, welche Folgen die bereits geschlossene Kooperation mit der Hansestadt Hamburg haben wird und wie eine Kooperation mit dem Bund aussehen könnte.

Die PHuStN aus finanziellen Gründen auch nur teilweise zu schließen oder zu reduzieren, würde für Niedersachsen bedeuten, ein Stück innere Sicherheit aufzugeben und wäre die falsche Entscheidung.

### **Werkstätten ohne Not geschlossen**

2005 wurde mit der Auflösung des technischen Betriebes in Leer (Polizeiwerft) der Polizei die Grundlage der eigenständigen Bootswartung genommen. Sieben Kraftfahrzeugwerkstätten in Göttingen, Hameln, Nienburg, Aurich, Stade, Celle und Oldenburg wurden geschlossen. Darunter Werkstätten, die nachweislich kostengünstiger als die sog. Privatwirtschaft gearbeitet haben.

Insgesamt mussten für über 100 Tarifbeschäftigte der ZPD andere Beschäftigungen innerhalb der Polizei gefunden werden. Wenn auch zumindest bis zum heutigen Tag die Kolleginnen und Kollegen über den Ratsch keine finanziellen

Einbußen zu verzeichnen haben, so war es leider nicht immer möglich, die Kolleginnen und Kollegen auf Arbeitsplätzen einzusetzen, die ihrer Bewertung, Ausbildung und Befähigung entsprachen. So werden Mechatroniker zzt. auch als Fahrer, Wagenpfleger oder auf sogenannten Kfz-Serviceplätzen eingesetzt. Welche von der Bewertung her drei bis vier Entgeltgruppen unter ihren ursprünglichen Arbeitsplätzen angesiedelt sind. Es ist nicht immer einfach für diese Kolleginnen und Kollegen, in ihrem sozialem Umfeld zu erklären, warum sie einen – aus ihrer Sicht gesehen – beruflichen Abstieg in Kauf nehmen mussten.

### **Verlagerung des KBD nicht sinnvoll**

Zum 1. 1. 2012 wurde der Kampfmitelbeseitigungsdienst (KBD) mit 42 Beschäftigten zum Landesamt für Geoinformation und Landentwicklung Niedersachsen (LGLN) ausgegliedert. Damit der KBD seine Aufgaben auch nach dieser Verlagerung noch erfüllen kann, müssen zukünftig die ZPD und das LKA kostenfreie Amtshilfe und Unterstützung leisten.

Dies gilt für die Nutzung von Einsatzfahrzeugen, Infrastruktur und Liegenschaften, aber auch für Leistungen der PHuStN, der WSP, der Taucher, die Erstellung von Röntgenaufnahmen und Transportmöglichkeiten. Ebenso soll die Einsatzleitstelle der ZPD weiterhin die ständige Rufbereitschaft rund um die Uhr für den KBD leisten.

### **Polizeipräsidenten auf Zeit und Abruf**

Arno Stabbert wurde nach seiner Tätigkeit als „Planungsbeauftragter der ZPD“ am 1. 4. 2004 zum ersten Polizeipräsidenten ernannt. Nach gut einem Jahr folgte er dem Ruf der Kommunalpolitik nach Cuxhaven. Sein Nachfolger Alfred Soetbeer trat sein Amt am 25. 7. 2005 an.

In seine Amtszeit fiel die sog. Organisationsoptimierung der ZPD. Am 1. 9. 2009 begann Dr. Christian Grahl mit seiner Arbeit, machte aber bereits am 22. 11. 2011 dem aktuellen Präsidenten Uwe Lührig Platz.

Eine Personalfuktuation bei den politisch verantwortlichen Führungskräften, die eine kontinuierliche, verlässliche und nachhaltige Führungsarbeit bisher kaum möglich machte.

### **Forderung nach Verlässlichkeit und Nachhaltigkeit der Politik**

Die letzte Organisationsveränderung der ZPD wurde am 1. 1. 2012 umgesetzt, ist also kein halbes Jahr her! Die Abteilung 5 wurde aufgelöst, die Aufgaben und die Beschäftigten in andere Abteilungen eingegliedert. Gleichwohl hat sich die ZPD mittlerweile mit rund 2300 Kolleginnen und Kollegen, davon ca. 600 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, als zentraler Dienstleister für die Behörden der niedersächsischen Polizei etabliert. Mit dem Abschluss des Projektes „ZPD 2012“ am 3. 5. 2012 haben die Beschäftigten der ZPD wesentliche Informationen zur weiteren strategischen Ausrichtung der ZPD erhalten. Die ZPD ist als Behörde angekommen.

**Jetzt muss endlich Schluss sein mit den ständigen Veränderungen, Optimierungen, Reformen und scheinbaren Verbesserungen, die keine sind! Anerkennung der Qualität der Leistungen, Wertschätzung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Entscheidungen mit langfristiger Wirkung – das sind unsere Forderungen an eine verlässliche und nachhaltige Politik!**



**Autor: Frank Jürges**  
Vorsitzender der Bezirksgruppe ZPD  
Foto: GdP

Anzeige

#### **Fachkongress**

#### **»Von der Quotenpolizei zurück zur Bürgerpolizei«**

14. Juni 2012 in Hannover  
Werkhof Nordstadt  
10:00 – 16:00 Uhr



Infos:

www.spd-fraktion-niedersachsen.de  
Anmeldungen bis 10.06. an:  
clemens.wirries@lt.niedersachsen.de



**JUNGE GRUPPE**

**„Wir wollen, dass etwas passiert!“**

**Einladung:  
Seminar der JUNGEN GRUPPE**

Der Landesjugendvorstand möchte euch, alle Mitglieder der JUNGEN GRUPPE (GdP), vom **22. bis 24. 6. 2012** zum Seminar „Gewerkschaftsarbeit in der JUNGEN GRUPPE“ in die Ferien- und Bildungsherberge Freundschaft in Groß Denkte einladen. Wir beginnen am 22. 6. 2012 mit einer Sitzung des Landesjugendvorstandes und werden die nächsten beiden Tage nutzen, um uns mit der Arbeit in der JG auseinanderzusetzen. Hier haben alle Teilnehmenden die Möglichkeit, aktiv auf die Seminalgestaltung Einfluss zu nehmen. Geplant ist u. a., die



**Sportler betreut: links Nils Bader (JG BS) und rechts Claudia Pracht (LJV) mit KG-Vorsitzendem BS Rainer Holze (Mitte)**

*Foto: Angelika Rahn*

Landesjugendkonferenz vorzubereiten und somit auch die strategische Richtung der JG in Niedersachsen für die nächsten Jahre festzulegen. Am Samstagabend werden wir mit einer Gemeinschaftsveranstaltung, in der die soziale Kontaktpflege im Vordergrund steht, das Programm abrunden. Für das Seminar stehen uns 30 Plätze zur Verfügung. Anmeldungen und Anforderung weiterer Informationen bitte per E-Mail an [niedersachsen@gdp-jg.de](mailto:niedersachsen@gdp-jg.de) richten.

*Euer Landesjugendvorstand*

**NPM in Braunschweig:  
„Mit uns gemeinsam ans Ziel“ –  
JG betreut Schwimmer  
beim Wettkampf**

Auch bei den Niedersächsischen Polizeimeisterschaften im Schwimmen und Retten am 19. 4. 2012 im Heidbergbad in Braunschweig waren wir, mit Unterstützung der KG Braunschweig, für euch mit dabei. Ausgestattet mit Fitnessriegeln und Isodrinks zur Regeneration, haben wir euch unterstützen können. Die JG Niedersachsen gratuliert allen Teilnehmenden und Platzierten zu ihren Leistungen. Vom Organisationsteam der Deutschen Polizeimeisterschaften im Schwimmen und Retten haben wir das Angebot bekommen, auch bei dieser Veranstaltung im Juni in Hannover, dann zweitägig, mit dabei zu sein. Und da wir unserem Motto „Mit uns gemeinsam ans Ziel“ und euch treu bleiben, werden wir auch dort mit am Start sein. Wir freuen uns gemeinsam mit euch auf zwei spannende Tage in Hannover!

*Claudia Pracht, stellv. LJ-Vorsitzende*

**JUNGE GRUPPE (GdP) –  
präsent wo's brennt!**

Kontakt zur JUNGEN GRUPPE  
Niedersachsen:  
[niedersachsen@gdp-jg.de](mailto:niedersachsen@gdp-jg.de)

**Neuer Bezirksjugendvorstand  
Hannover gewählt**

„Wir wollen, dass etwas passiert!“ – Unter diesem Motto hat die JUNGE GRUPPE der Bezirksgruppe Hannover am 26. 4. ihre **Bezirksjugendkonferenz** durchgeführt. Hierbei wurden **Enrico Burtz** als Vorsitzender und **Felix Leinz** als Stellvertreter einstimmig gewählt.

„Wir wollen für junge GdP Mitglieder in der PD Hannover kompetente Ansprechpartner sein. Vor allem soll der Service fortgesetzt werden, den viele schon aus der JG in der Polizeiakademie und der ZPD kennen“, so Enrico.

„Unsere Arbeit soll sich am Bedarf der Mitglieder orientieren“, ergänzt Felix. Dazu wurde als kurzer Draht die E-Mail-Adresse [jg-gdp.hannover@web.de](mailto:jg-gdp.hannover@web.de) eingerichtet. Hier können jederzeit Wünsche und Anregungen, aber natürlich auch Probleme an die JUNGE GRUPPE herangetragen werden. Darüber hinaus werden zukünftig von dieser Adresse an interessierte Mitglieder Informationen zu Aktionen und gewerkschaftlichen Themen versandt. Die JUNGE GRUPPE möchte eine aktive Gemeinschaft fördern und das Bewusstsein für die Attraktivität gewerkschaftlicher Arbeit steigern. Wer uns dabei unterstützen möchte, ist herzlich eingeladen, sich mit uns in Verbindung zu setzen.

**Eure JUNGE GRUPPE BG Hannover  
(EB)**



**Neuer JUNGE-GRUPPE-Vorsitzender der BG PD Hannover, Enrico Burtz, und Stellvertreter Felix Leinz**

*Foto: Fabian Heike*

**AUS DEN KREIS- UND  
BEZIRKSGRUPPEN**

**Termin-Check/  
Einladungen:**

**Einladung: Gemeinschaftsveranstaltung der KG Wasserschutzpolizei.** In diesem Jahr findet wieder eine Gemeinschaftsveranstaltung unserer Kreisgruppe WSP statt, zu der alle Mitglieder herzlich eingeladen sind. Es ist geplant, am Dienstag, **26. 6. 2012**, eine gemeinsame Fahrt nach **Neuwerk** zu unternehmen. Abfahrt ist am 26. 6. 2012, 8.00 Uhr, in der Bloherfelder Str. 235 in 26129 Oldenburg (Bepo). Wir wollen mit dem Bus von Oldenburg nach Cuxhaven-Sahlenburg fahren, dann eine ca. zweieinhalbstündige Wattwanderung auf die Insel Neuwerk und dort ggf. eine Inselführung unternehmen. Zurück geht es am späten Nachmittag per Schiff nach Cuxhaven und dann weiter nach Oldenburg. Dort soll der Abend gemütlich ausklingen. Es besteht dann die Möglichkeit der Übernachtung in der Unterkunft der Bereitschaftspolizei.

**Anmeldungen bis zum 10. 6. 2012** per E-Mail an [vorstand@wsp.gdp-zpd.de](mailto:vorstand@wsp.gdp-zpd.de) oder schriftlich an GdP-KG WSP, Albrechtstr. 45, 26388 Wilhelmshaven.

*Der Vorstand*



# Landesseniorenvorstand hinterfragt Fakten zur Fahrtauglichkeitsdebatte bei Senioren

Der Landesseniorenvorstand tagte am 11. 4. 2012 in der ZPD in Hannover. Als Gäste begrüßte der Vorsitzende Rudi Refinger den Präsidenten der ZPD, Uwe Lührig, den Vizepräsidenten Rolf Bahder, den GdP-Landesvorsitzenden Dietmar Schilff sowie den Präsidenten des ADAC Niedersachsen, Reinhard Manlik.

Lührig erwähnte, dass nach seinem Eindruck die Kameradschaftspflege allgemein stark zurückgegangen sei und er es deshalb gut finde, wenn es Organisationen wie die GdP-Seniorengruppe gibt.

Die Tagesordnung umfasste folgende Hauptthemen:

## 1. Fahrtauglichkeit älterer Autofahrer/-innen im Straßenverkehr.

Ende 2006 beschloss das EU-Parlament eine neue Führerscheinrichtlinie, die bis 2013 in den Mitgliedsländern umgesetzt werden soll. Wegen der befürchteten Diskriminierung der älteren Autofahrer durch die Einführung von Fahrtauglichkeitstest und des Entzugs der Fahrerlaubnis ab einem bestimmten Lebensalter hatte sich 2009 die 6. Landesesseniorenkonferenz der GdP Niedersachsen gegen diese Tendenz ausgesprochen. Der 24. Ordentliche GdP-Bundeskongress 2010 in Berlin hatte das Thema als Arbeitsmaterial angenommen. Der Verkehrsgerichtstag 2012 in Goslar befasste sich ebenfalls damit. Bei Auswertung der Unfallstatistik hat sich demnach ergeben, dass in der Gruppe der über 75-Jährigen drei von vier Unfallbeteiligten die Hauptschuld am Unfall tragen.

Um dazu die Ansicht des ADAC zu erfahren, war der Präsident des ADAC Niedersachsen, Reinhard Manlik, als Referent zu Gast im GdP-Landesseniorenvorstand. Er vertrat die Meinung, dass die Statistik, zumindest für Niedersachsen, eine ganz andere Sicht der Dinge zulasse. Von den über 65-Jährigen in Niedersachsen bei Verkehrsunfällen Getöteten seien je ein Drittel Pkw-Fahrer und Insassen, Radfahrer und Fußgänger. Vor diesem statistischen Hintergrund wäre die Einführung eines generellen Fahrverbots, orientiert an einem bestimmten Lebensalter, nicht zu verantworten. Das Lebensalter allein sage nichts über die Fahrtauglichkeit eines Menschen aus. Der Entzug der Fahrerlaubnis dürfe immer nur



GdP-Landesseniorenvorstand mit Vorsitzendem Rudi Refinger (mitig), PP Uwe Lührig (r.) und PVP Rolf Bahder (l.)

Foto: Manfred Forreiter

im Einzelfall entschieden werden, dabei sei gleichgültig, wie alt der Proband ist. Bei Einführung des neuen einheitlichen Führerscheins im Jahr 2013 wird es nach derzeitigem Erkenntnisstand zwar eine Gültigkeitsbeschränkung für 15 Jahre, aber keine automatische Gesundheitsprüfung geben.

## 2. Vorbereitung auf den Ruhestand

GdP-Seminare zur Vorbereitung auf den Ruhestand werden nach wie vor für erforderlich gehalten. Es stehen noch die Rückmeldungen der Bezirksgruppen aus.

## 3. Niedersächsische Beihilfeverordnung vom 7. 11. 2011

Die neue Beihilfeverordnung ist seit 1. 1. 2012 in Kraft. Sie ersetzt die bisher anzuwendende Beihilfavorschrift des Bundes und passt viele Regelungen an das Recht der gesetzlichen Krankenkassen, die soziale Pflegeversicherung und an die aktuelle Rechtsprechung an. Dadurch sind die Leistungen für die Betrof-

fenen in vielen Punkten schlechter geworden. Außerdem wird die Übersichtlichkeit durch Hinweise auf Bestimmungen des Sozialgesetzbuches V und XI sehr erschwert. Wegen Anhebung der Regelaltersgrenze auf 67 beabsichtigt die Landesregierung,

sich zukünftig an Aufwendungen für Präventivmaßnahmen zu beteiligen.

## 4. Niedersächsisches Beamtenversorgungsgesetz vom 17. 11. 2011

Nach dem neuen Beamtenversorgungsgesetz gibt es eine Anhebung der Regelaltersgrenze auf 67 für die allgemeine Verwaltung. Es ist jedoch zu begrüßen, dass die besondere Altersgrenze für den Polizeivollzugsdienst beim 62. Lebensjahr erhalten geblieben ist. Eine Regelung zur Polizeizulage im Gesetz fehlt leider erneut. **Gerhard Heiermann**

Den Bericht in voller Länge haben wir auf den Sonderseiten der Seniorengruppe auf der GdP-Website veröffentlicht:

[www.gdp.de/gdp/gdpnds.nsf/id/20120411\\_LSenVorstands-Sitz\\_Bericht](http://www.gdp.de/gdp/gdpnds.nsf/id/20120411_LSenVorstands-Sitz_Bericht), [www.gdp.de/gdp/gdpnds.nsf/id/20120411\\_LSenVorstands-Sitz\\_Bericht](http://www.gdp.de/gdp/gdpnds.nsf/id/20120411_LSenVorstands-Sitz_Bericht) **Red.**

## NACHRUF

### Die Gewerkschaft der Polizei – Landesbezirk Niedersachsen – trauert um folgende verstorbenen Kolleginnen und Kollegen:

Alexander, Hans	18. 5. 1922	Krs.-Gr. Salzgitter
Bersiel, Rudolf	22. 11. 1932	Krs.-Gr. Uelzen
Illgen, Claus Hans	16. 8. 1938	Krs.-Gr. Goslar
Schwarz, Hermann	27. 2. 1922	Krs.-Gr. Emsland
Wieczorek, Heinz	8. 8. 1935	Krs.-Gr. Göttingen

*Wir werden ihr Andenken in Ehren halten*

